

Beschluss des Landrates vom 19.04.2018

Nr. 1997

21. Reduktion der Staatsverwaltung

2015/121; Protokoll: bw

Kommissionspräsident **Balz Stückelberger** (FDP) informiert, dass es sich bei diesem Traktandum um eine Abschreibungsvorlage handle, die es nur ganz knapp ins Plenum geschafft habe. Die Personalkommission hat mit 8:1 Stimmen der Abschreibung des Postulats zugestimmt. Das Postulat wurde vom Alt-Landrat Urs Hess eingereicht. Er möchte den Personalbestand (Köpfe) in jeder Dienststelle um 10% verringern. Das Postulat wurde Ende 2015 vom Landrat überwiesen. Es ist sehr offen formuliert und enthält keine Zielsetzung, im Sinne einer Angabe, wann die Forderungen umgesetzt werden sollen. Hingegen ist klar definiert, dass in jeder Dienststelle 10% der Anzahl Personen reduziert werden sollen. Formulierungstechnisch ein klarer Hinweis auf den sogenannten Rasenmäher.

Seit der Überweisung des Postulats geschah einiges. Der Regierungsrat hat die allseits bekannten Strategiemassnahmen zur Entlastung des Staatshaushalts beschlossen (bereits vor der Überweisung des Postulats) und umgesetzt. Die Massnahmen sehen im Zeitraum zwischen 2016 und 2021 eine Reduktion des kantonalen Personalaufwands um 10% vor. Dies entspricht einer Reduktion von 250 Stellen, resp. CHF 61 Mio. Diesbezüglich ist man auf Kurs.

Strenggenommen wurde dadurch nicht der Auftrag des Postulats erfüllt, weil dieses eine 10%ige Reduktion der Anzahl Köpfe fordert. Wichtig ist, dass zwischen den Massnahmen der Regierung und dem Postulat kein Kausalzusammenhang besteht.

Die Personalkommission gelangte zur Ansicht, dass eine Reduktion der Gesamtpersonalkosten um 10% sinnvoller ist, als in jeder Dienststelle zu kürzen, was im Übrigen auch nicht überall möglich wäre. Kürzungen bei der Steuerverwaltung, der Polizei oder den Lehrpersonen sind zudem problematisch.

Die Kommissionsmehrheit betrachtet das Postulat als im Ergebnis erfüllt. Eine Person war nicht dieser Ansicht, weshalb nun im Landrat darüber diskutiert werden kann. Argument gegen die Abschreibung war, dass das Postulat strenggenommen nicht erfüllt ist, da nicht in jeder Dienststelle 10% Personal abgebaut wurden.

– *Eintretensdebatte*

Oskar Kämpfer (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich gegen Abschreiben stimmen werde. Das Postulat ist nicht erfüllt. Da es die Regierung zu einem Handlungspostulat gemacht hat, hat sie sich allerdings auch zu dieser Handlung verpflichtet. Die SVP erwartet, dass diese Verpflichtung erfüllt wird. Die Erfüllung des Postulats ist möglich.

Sandra Strüby-Schaub (SP) erklärt, dass sich die SP-Fraktion der Einschätzung des Regierungsrats und der Personalkommission anschliesse. Das Postulat ist (leider) erfüllt und kann somit abgeschrieben werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) lässt verlauten, dass die Grüne/EVP-Fraktion angesichts der veränderten Ausgangslage bei den Kantonsfinanzen dezidiert der Meinung sei, dass es extrem schädlich wäre, das Ziel des Postulats weiterzuverfolgen. In diversen Direktionen wird festgestellt, dass die Ausdünnung des Know-How bedenkliche Ausmasse angenommen hat. Im Vergleich zu anderen Kantonen wird in vielen Bereichen sehr schlank gefahren. Der Finanzdirektor hat verkündet, dass nun von einer Abbau- in eine Entwicklungsstrategie übergegangen werden muss. Dementsprechend braucht der Kanton jede Hirnzelle, um gescheite Ideen zu produzieren und umzusetzen.

Darum ist dieses Postulat, notabene von einem Chefbeamten des Kantons eingereicht, kontraproduktiv. Die Grüne/EVP-Fraktion schliesst sich der Empfehlung der Personalkommission an.

Andrea Kaufmann (FDP) betont, dass die FDP-Fraktion das Postulat abschreiben werde.

Marie-Therese Müller (BDP) schliesst sich an. Auch die CVP/BDP-Fraktion wird das Postulat abschreiben. Der Regierungsrat hat sich sehr bemüht und die Personalkosten konnten stark reduziert werden.

Oskar Kämpfer (SVP) weist darauf hin, dass einige Dienststellen ihren Job erfüllt haben, andere nicht. Klaus Kirchmayr verwies auf die Kantonsfinanzen, die gestern präsentiert wurden. Mit Blick auf dieses eine Jahr unter Ausklammerung der nächsten Jahre, mag er nicht ganz Unrecht haben. Ein Blick auf die Statistik und die Verschuldung des Kantons ist jedoch empfehlenswert. BL ist mit CHF 3 Mrd. verschuldet und hat schweizweit die dritthöchste Verschuldung pro Kopf. Es besteht also weiterhin Verbesserungsbedarf bei den Finanzen. Mit einem einmaligen Ergebnis zu argumentieren ist überraschend.

Rolf Richterich (FDP) dankt Klaus Kirchmayr für das Lob, dass die Kantonsfinanzen wieder auf Kurs gebracht werden. Eine Schwalbe macht jedoch noch keinen Sommer. Laisser-faire darf keinesfalls wieder Einzug halten. Ja, es braucht jede Hirnzelle, aber sie muss dem Kanton auch etwas bringen. Kein Finanzdirektor mag schwach schwarze Zahlen. Einerseits entstehen Begehrlichkeiten. Auf der anderen Seite hat man kein dickes Polster. Um das strukturelle Defizit wirklich vom Tisch zu haben, braucht es noch einige Jahre. Dann muss gut überlegt werden, was mit den freiwerdenden Ressourcen gemacht werden soll.

Pia Fankhauser (SP) bittet um Wertschätzung gegenüber dem Kantonspersonal. Das Postulat wollte 10% weniger Personal. Das war keine gute Idee und das Personal litt darunter, unabhängig der Kantonsfinanzen. Bei der Steuerverwaltung, in der Bildung fehlten Leute. Das Postulat war nicht gut, wurde jedoch überwiesen und ist mittlerweile leider so weit erfüllt, wie es sein musste. Jetzt nur noch über Finanzen zu reden und nicht mehr über die betroffenen Menschen, ist ein starkes Stück.

Klaus Kirchmayr (Grüne) dankt Pia Fankhauser für ihr wichtiges Statement. An Rolf Richterich und Oskar Kämpfer: Das neue Feindbild in den Finanzen sind die Schulden. Der Redner macht darauf aufmerksam, dass über Bruttoverschuldung gesprochen wird. Es schadet nichts, die Bilanz anzuschauen und zu prüfen, wo Aktiven und stille Reserven vorhanden sind. Diese befinden sich nämlich deutlich im Milliardenbereich. Es müssen nicht Teufel an die Wand gemalt werden, die gar nicht existieren.

Was das strukturelle Defizit betrifft: Der Votant bittet, die Medienmitteilung und die Präsentation der Regierung zu lesen. Es wird sehr wohl zwischen den einmaligen und strukturellen Komponenten des Resultates unterschieden. Wichtig ist: Es gibt kein strukturelles Defizit mehr, sondern einen strukturellen Überschuss.

Kommissionspräsident **Balz Stückelberger** (FDP) ergänzt, dass die vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen im Personalbereich von 2016 bis 2021 laufen. Es ist also nicht so, dass eine Abschreibung zur Folge hat, dass ab Morgen laisser-faire herrscht. Man befindet sich in einem strengen Regime und ist auch auf Kurs.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) betont, das Personal habe enorm viel gearbeitet. Alle präsentierten Resultate wären ohne hervorragende Arbeit des Personals nicht möglich gewesen. Das ist

allseits bekannt und insofern muss man auch nicht immer die vermeintlich fehlende Wertschätzung thematisieren.

Der Vorstoss stammt aus dem Jahr 2015. Das war im Vergleich zu heute eine andere Welt. Die Thematik des Personals wurde angegangen und der Kommissionspräsident hat es absolut richtig gesagt: Der Plan wird weiterverfolgt. Die Finanzstrategie wird 2019 abgeschlossen. Bis dann wird an der Zielsetzung festgehalten.

Zur Finanzlage des Kantons: Selbstverständlich ist das Resultat positiv. Der Regierungsrat kann dieses Resultat als nachhaltig bezeichnen. Das bedeutet, dass sämtliche Sondereffekte des Jahres 2017 herausgerechnet werden konnten und immer noch ist eine positive Entwicklung vorhanden. Es wäre schön, könnte der Kanton Baselland auch mal einen positiven Gedanken in die Welt setzen und Freude an einem guten Resultat und an positiven Perspektiven haben. Die Entwicklung der Erfolgsrechnungen weist auf die Möglichkeit hin, dass bis 2022 mit schwarzen Zahlen gerechnet werden darf. Dies führt zu einem finanziellen Handlungsspielraum. Es besteht jedoch überhaupt kein Grund zur Euphorie.

Ja, die Verschuldung liegt bei über CHF 3 Mrd. Ja, diese kann durch verschiedene Werte in der Bilanz ein wenig reduziert werden. Das Problem ist jedoch die Verzinsung der Schulden. Es müssen alle Facetten betrachtet werden. Steigen die Zinsen um ein Prozent an, hat dies bei der aktuellen Verschuldung Kosten von CHF 30 Mio. zur Folge. Die Zinsen werden sicherlich wieder ansteigen. Die Thematik der Verschuldung darf nicht ignoriert werden, um bei einem Zinsanstieg nicht umso mehr bezahlen zu müssen. Das ist einfach nur die Realität. An dieser muss und wird sich der Regierungsrat orientieren, zusammen mit dem Personal und dem Landrat. Dann wird das Baselbiet zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt einer positiven Zukunft entgegengehen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Schlussabstimmung*

://: Das Postulat 2015/121 wird mit 58:24 Stimmen abgeschrieben.
